Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 7

Artikel: Nationale Wirtschaft : ein schweizerisches Krisenprogramm
Autor: Bachmann, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157539

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nationale Wirtschaft.

Ein schweizerisches Krisenprogramm.

Von **Hans Bachmann**, Neuhausen.

Die vorliegenden Ausführungen sollten einen Bestandteil einer umfassenden Stellungnahme zu den wirtschaftlichen und sozialen Fragen bilden, mit welchen sich unser Volk auseinanderzusetzen hat. Die wachsende Krise und die wachsende Notlage unserer Volkswirtschaft haben die Veranlassung gegeben, die zeitlich dringendsten Fragen vorweg zu nehmen, sie in einem Krisenprogramm zusammenzufassen.

Es ist die Überzeugung des Verfassers, daß es heute wirtschaftlich für unser Volk vor allem darauf ankommt, zu einer nationalwirtschaftlichen Betrachtungs- und Handlungsweise durchzustoßen, sich zu finden in einer nationalwirtschaftlichen Front. Diese Forderung bildet den Inhalt des ersten Abschnittes. Was folgt, ist der Versuch, gegenüber den unmittelbaren Krisenauswirkungen den nationalen Standort und die Richtlinien nationaler, schweizerischer Aufbauarbeit herauszuschälen.

I.

Der nationale Wirtschaftsrat.

1. Gegenüber der sich selbst versorgenden Bauernwirtschaft, wo das wirtschaftliche Ergebnis für den Einzelnen unmittelbar und ausschließlich vom Zusammenwirken von Natur und Individuum abhängt, bedeutet steigende wirtschaftliche Verflechtung, welche ihren Ausdruck nicht nur auf der Produktionsseite, sondern ebenso in Währung, Kredit u. s. f. findet,:

einmal, daß das wirtschaftliche Ergebnis nicht mehr ausschließlich vom Verhalten des Einzelnen gegenüber der Natur, sondern in steigendem Ausmaße vom gegenseitigen Verhalten der Einzelnen zu einander abhängt;

daß die Güterversorgung zum Gruppenwerk wird;

daß gegensätzliches Verhalten alle Einzelnen wirtschaftlich hemmen, zu Grunde richten kann;

und daß umgekehrt der Gesamtertrag umso größer ausfällt, je mehr die Anstrengungen jedes Einzelnen mit denjenigen aller Andern übereinstimmen;

zum andern, daß sich das Ergebnis für den Einzelnen als Anteil an einem Gesamtertrag darstellt, welcher irgendwie aufzuteilen ist, und wobei ein Mehr hier notwendigerweise ein Weniger anderswo bedeutet.

Die steigende wirtschaftliche Verflechtung ruft somit zwei äußerst gegensätzlichen Elementen:

Der wirtschaftliche Ertrag ist umso größer, je besser die Einzelnen zusammenwirken. — Er ist am größten im Falle einer durchgehenden Verständigung über das gegenseitige Verhalten, gemeinsamer Richtlinien und einer gegenseitigen Bindung an diese Richtlinien —

während diese selbe Verflechtung dem Streit um die Verteilung ruft, in tausendfältiger Weise Interessengegensätze heraufbeschwört im selben Augenblick, wo auf der andern Seite der Wohlstand Aller eine direkte Funktion der Zusammenarbeit Aller wird.

2. Verteilt kann schließlich nur werden, was da ist. Je größer die Verflechtung, umso stärker wird das Interesse an einer gewissen Zusammenarbeit und damit das Bestreben, die Gegensätze wenigstens soweit auszugleichen, daß die Erzielung eines möglichst günstigen Gesamtergebnisses sichergestellt wird. Dies ist ein Erklärungsgrund für die auch in unserm Lande weitgehende Organisation und Bindung großer Wirtschaftszweige: Milchwirtschaft, Industrie- und Bankenkartelle, Handels- und Gewerbeorganisationen, auf anderer Ebene Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände u. s. f. Immer sind die wesentlichen Merkmale für die jeweilen Beteiligten Parallelschaltung der gegenseitigen Anstrengungen zur Erreichung eines höchstmöglichen Gruppenergebnisses, also Bindung an das Kartell-, Berufs-, Klassengesetz, und als Voraussetzung dafür eine gewisse gegenseitige Anerkennung und Überbrückung der gegensätzlichen Verteilungsinteressen wenigstens soweit, als dies zur Ermöglichung der angestrebten Zusammenarbeit erforderlich erscheint. Nur ist das Eine festzuhalten: daß die Verbände, welche durchwegs Berufs- und Standesverbände darstellen, die Parallelschaltung der gegenseitigen Anstrengungen naturnotwendig in wesentlichem Ausmaße auf dem Gebiete der Verteilung gesucht haben. Viele von ihnen haben zweifellos Aufbauarbeit geleistet; alle aber sind gleichzeitig Kampfgemeinschaften im Streite um den gegenseitigen Anteil. So besteht von Gruppe zu Gruppe wieder dasselbe Spannungsverhältnis wie zunächst von Individuum zu Individuum; eine unentrinnbare gegenseitige Abhängigkeit und damit die Tatsache, daß Mehr- oder Minderwohlstand im ganzen vom Grade der Übereinstimmung der Einzelanstrengungen, der Verständigung über das gegenseitige Verhalten abhängt, die Tatsache, daß gegensätzliches Verhalten einer oder einzelner Gruppen alle andern berührt, zum Zusammenbruch Aller führen kann, — und gleichzeitig der schärfste Interessengegensatz in der Verteilung, im Streit um den individuellen Anteil, das heißt im Kampf um Preise, Löhne.

Dieselben Bestrebungen, welche uns zu den heutigen Gruppierungen geführt haben, treiben uns in der eingeschlagenen Richtung weiter:

zum Kartell der Kartelle,

über die Kartelle von Produzenten und Wirtschaftsständen hinaus zur Organisation aller sich gegenseitig in ihrer wirtschaftlichen Betätigung bedingenden Wirtschaftsgruppen. Erst in diesem Rahmen kann sich der eigentliche Sinn aller Organisierung überhaupt erfüllen.

3. Ein Zusammenschluß kann nur im nationalen Rahmen erfolgen, für uns in der

nationalen schweizerischen Volkswirtschaft.

Gewiß gelten die gemachten Überlegungen in gleicher Stärke auch für die weltwirtschaftliche Verflechtung. Wenn uns nicht alle Zeichen trügen, wird aber dort die Entwicklung in der Richtung der Verständigung zwischen organisierten nationalen Wirtschaftsgebilden weiterführen, von Einzelverständigungen zu Verständigungen in Gruppen und zwischen Gruppen. Außer Zweifel steht, daß die Frage heute für unser Volk wie für die ganze Weltwirtschaft dringlicher ist als je,

einmal, weil hier eine Möglichkeit liegt, den Ausfall der Wirtschaft teilweise auszugleichen,

zum Andern, weil nur auf diesem Wege überhaupt eine wirkliche Beeinflussung der gesamten Wirtschaftslage und damit wenigstens der bewußte und entschiedene Versuch einer wirksamen, umfassenden Krisenüberwindung denkbar ist.

4. Auch unser Volk schafft heute notgedrungen neue Organisationsformen. Aber das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, wo gegenwärtig die Fäden der Organisierungsarbeit zusammenlaufen, ist für die Aufgabe, um die es jetzt geht, in jeder Beziehung eine zu schmale Basis.

Einmal handelt es sich zunächst um eine Erziehungsarbeit im eigentlichen Sinne des Wortes, um die Aufgabe, uns selbst in und an der Krise emporzuarbeiten über die rein privatwirtschaftliche und die berufs- und gruppenmäßige Betrachtungsweise hinaus zu einer nationalwirtschaftlichen Betrachtung unserer wirtschaftlichen Lage. Wenn die Notlage noch so sehr Wollen und Gesinnung wachgerufen hat, so sind wir doch alle, Führer und Geführte, noch kaum über die Anfänge einer wirklich umfassenden nationalen Betrachtungsweise hinausgekommen. Nationalwirtschaftliche Betrachtungsweise, daraus hervorgehend Herausarbeitung nationalwirtschaftlicher Zielsetzung, das ist die geistige Arbeit, welche heute geleistet werden muß.

Anderseits geht es um weitreichende Organisationsmaßnahmen. Sicherlich muß in dieser Richtung zur Zeit teilweise improvisiert werden. Aber es ist dringend notwendig, daß wir uns darüber Rechenschaft geben, daß es sich heute letzten Endes eben gerade nicht um Improvisationen handelt, sondern daß wir im Grunde an einer historischen Umgestaltung unserer Volkswirtschaft arbeiten, an einer Umgestaltung, welche anderswo schon

vor Jahren in unerhörtem Ausmaße eingesetzt hat. Es geht heute nicht darum, irgendwie aus einer Krise herauszukommen, um durch eine kurze Hochkonjunktur hindurch in einen neuen Abgrund hineinzutaumeln, der bei der noch immer wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung noch tiefer und verhängnisvoller sein würde.

Es ist daher wesentlich, daß sowohl in geistiger als in praktisch-organisatorischer Richtung alle lebendigen Kräfte unseres Volkes ausgelöst und in Bewegung gesetzt werden. Es ist wesentlich, daß ein weithin sichtbarer Kristallisationspunkt geschaffen werde, gleichsam als sichtbares Programm:

und das kann nur ein nationaler Wirtschaftsrat sein.

Vor Allem aber ist zu sagen, daß das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, auch wenn dies von einem rein persönlich-qualitativen Gesichtspunkte aus gesehen möglich sein sollte, nicht der Träger einer wirklich durchgreifenden nationalen Wirtschaft sein kann, solange die einzelnen Wirtschaftsgruppen Gruppenpolitik treiben. Solange wird jede einzelne Maßnahme, und wäre sie noch so richtig, auf den Widerstand aller nicht unmittelbar davon Nutzen Ziehenden und somit scheinbar Benachteiligten stoßen. Es wird schließlich das Gegenteil einer Sammlung erreicht werden, und das Ende wird Rebellion, offene Ablehnung sein, wie wir dies mit der Kriegswirtschaft in anschaulichster Weise erlebt haben. Unter schweizerischen Verhältnissen wird das Kartell der Kartelle, wird die nationale Wirtschaftsgemeinschaft entweder aus der Wirtschaft selbst hervorgehen und von einer nationalwirtschaftlichen Denkweise aller Wirtschaftsgruppen getragen sein, oder sie wird nicht sein. Es gibt für uns, dem Wesen unseres Volkes entsprechend, nur einen Weg zu einer wirklich nationalen Wirtschaft: die Steigerung der Gruppengesinnung zur nationalwirtschaftlichen Denkungsart. Wir werden gerade soweit vorwärts kommen, als die vorhandenen Gruppen sich aus Interessenvertretungen zu Trägern einer nationalen Volkswirtschaft zu entwickeln vermögen. Die heutige, zugestandenermaßen zunächstliegende Methode, jede einzelne Frage durch die Regierungsstelle und die unmittelbar Beteiligten zu behandeln, liegt nicht in dieser Richtung. In dieser Richtung würde vielmehr liegen, daß sämtliche Gruppen schonungslos vor die Gesamtheit unserer Probleme hingestellt werden und sich zur gemeinsamen Lösung jeder einzelnen Teilfrage genötigt sehen. Nur so werden sich Führer und Volk allmählich des Zusammenhanges der Teilfragen, der Natur der gegenseitigen Beziehungen und Verflechtungen bewußt werden. Nur so wird sich, wenn überhaupt, eine universelle Betrachtungsweise als Basis für die Behandlung der konkreten Teilfragen herausbilden. Nur so, im grellen Lichte der Gesamtlage und in der Bearbeitung jeder einzelnen Frage in Gemeinschaft mit allen andern Gruppen werden sich Führer und Geführte daran gewöhnen können, die Lösungen jenseits der Gruppeninteressen auf nationaler Basis zu suchen. Es mag hier für die nationale Wirtschaft wiederholt werden, was anderswo von den einzelnen Gruppen gesagt worden ist: daß es nicht in erster Linie um

Interessenausgleich und Kompromiß geht. Dieser soll vielmehr nur den Weg frei machen zur Verhinderung, daß ein unbewußt oder bewußt gegensätzliches Verhalten mehr oder weniger großer Kreise unseres Volkes die Volkswirtschaft ganz oder teilweise lahmlegt, und umgekehrt zur Ausnützung der Möglichkeiten, welche in einer wachsenden Übereinstimmung unserer individuellen Anstrengungen enthalten sind.

5. Der nationale Wirtschaftsrat könnte aus den großen Spitzenverbänden selbst bestellt oder durch den Bundesrat nach Vorschlägen der Verbände ernannt werden. Seiner Kompetenz nach wäre er vorerst beratendes Organ. Soweit er zur Exekutive oder zum Rahmen für Exekutivorgane würde, wäre er es kraft bundesrätlicher Kompetenzübertragung, in gleicher Weise wie die in den letzten Monaten geschaffenen Einfuhrzentralen. Auf jeden Fall müßte er aus der Wirtschaft hervorgehen, von ihr getragen werden und ihr oberstes Organ bleiben. Er dürfte in keiner Weise zu einem Gliede der staatlichen Bürokratie werden.

Aufgabe und Programm ergeben sich in ihren allgemeinsten Zügen bereits aus den vorgehenden Ausführungen. Die folgenden Abschnitte sind unter der Annahme geschrieben worden, daß die darin angedeuteten Maßnahmen von einem nationalschweizerischen Wirtschaftsrat geplant und durch ihn oder unter seiner Führung verwirklicht werden. Umgekehrt liegt ihnen unter Anderm die Absicht zu Grunde, die Idee eines nationalen Wirtschaftsrates in jenem Sinne klarer zu gestalten, als sie gewisse Aufgaben skizzieren sollen, vor welche Gegenwart und Krise den nationalen Wirtschaftsrat von allem Anfang an stellen würden.

II.

Außenhandel und Fremdenindustrie.

1. Über die Bedeutung unseres Außenhandels für Wohlstand und Kultur ist kein Wort zu verlieren. Der Anteil des Exportgewerbes an unserer Gesamtproduktion ist hinreichend bekannt. Bekannt ist auch die qualitative Bedeutung unseres Außenhandels. Man denke an eine Schweiz ohne Eisen, Kohle, Baumwolle! Aber auch die sog. zirkulationsmäßige Verflechtung mit dem Auslande darf nicht übersehen werden, welche sich schematisch vereinfacht etwa so darstellen läßt, daß der Exportindustrielle A seinerseits im Inland von B kauft, B von C, C von D, und D schließlich vom Importeur E. Fällt hier A aus, so fehlt schließlich B und C und D und E der Absatz. Der Ausfall von A mit seinem Viertel der Gesamtproduktion von A bis D genügt, um auch die restlichen 75 % lahmzulegen. In Wirklichkeit verhält sich die Sache nur entfernt so. Aber das Beispiel zeigt, daß, wenn ein Exportausfall unmittelbar 10 % der Landesproduktion betrifft, die mittelbare Auswirkung leicht ein Vielfaches davon sein kann.

Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der in der Richtung der Clearingverfahren, der Einfuhrkontingentierung und des Kompensationsverkehrs getroffenen Maßnahmen sind unbestreitbar. Aber es handelt sich ihrer

Natur nach um Notmaßnahmen, von welchen besten Falles eine gewisse Eindämmung der Kriseneinwirkungen auf unser Wirtschaftsleben erhofft werden darf mit dem Ziele, durchzuhalten — bis zur nächsten Hochkonjunktur und zur nächsten Krise!

2. Aber liegt es denn so gänzlich außerhalb unserer Macht, der Krise unseres Außenhandels an unserm Platze und mit unsern Mitteln positiv entgegenzutreten, zu versuchen, sie wenigstens für uns in ihren Voraussetzungen zu überwinden?

Wir haben von der nationalen Wirtschaft gesprochen. Hier geht es um die weltwirtschaftliche Verflechtung, um die Verständigung auf internationalem Gebiete, welche dort programmatisch angedeutet worden ist. Es geht um unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von ausländischen Wirtschaftskreisen. Es geht um die Störungsmöglichkeiten, welche sich daraus ergeben, daß eine Mehrzahl von Einzelnen und Gruppen diesseits und jenseits der Landesgrenzen sich in ihren wirtschaftlichen Schicksalen gegenseitig bedingen, und damit die wirtschaftlichen Ergebnisse im Ganzen und im Einzelnen unmittelbar vom gegenseitigen Verhalten, vom Ausmaß der Anpassung oder Nichtanpassung abhängen. Es geht darum, zu versuchen, der gegenseitigen Abhängigkeit und Bedingtheit durch Verständigung über das gegenseitige Verhalten zu begegnen, darum, auch soweit wir und fremde Wirtschaftskreise sich gegenseitig bedingen, eine bestmögliche Übereinstimmung des gegenseitigen Verhaltens herbeizuführen. Es geht, etwas anders ausgedrückt, um eine nationalwirtschaftliche Betrachtungs- und Handlungsweise auch auf dem Gebiete unserer internationalen wirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen, um die internationale Weiterführung nationalwirtschaftlicher Grundsätze.

Aber wenn eine nationalwirtschaftliche Betrachtungs- und Handlungsweise in nationalem Rahmen uns heute einigermaßen verständlich ist, so steht wohl fest, daß es sich hier für uns Schweizer, vielleicht mehr als für gewisse andere Völker, um radikal neue Wege und Gedankengänge handelt. In anderm Zusammenhange gesehen, geht es um nichts weniger, als auf internationalem Gebiete in einer Richtung vorzustoßen, wo bis heute im besten Falle getastet worden ist, freilich nach unserer Überzeugung in jener Richtung, wo allein schließlich die heutige Krise, die heute wesentlichsten Störungsmomente des Wirtschaftslebens überhaupt überwunden werden können.

3. Im Einzelnen können die einzuschlagenden Wege begreiflicherweise nur angedeutet werden, immerhin mit ausreichender Klarheit, um Grundsätze und Möglichkeiten genügend zu beleuchten.

Ländern wie Argentinien, Vereinigte Staaten, Ungarn, Indien u. s. f. könnten auf Jahre oder Jahrzehnte hinaus mengenmäßig vorausbestimmte Lieferrechte auf Getreide, Wolle, Baumwolle zugestanden werden, wogegen diese Länder umgekehrt bestimmte Mengen schweizerischer Waren abzunehmen hätten. Wir könnten unsern Kohlenbedarf auf Jahre hinaus an

England, Frankreich, Deutschland vergeben und dafür an diese Länder Käse, Kondensmilch u. a. m. liefern. Es würde sich dabei nicht etwa um Kontingente, also um Rahmenabmachungen, sondern um konkrete langfristige Kaufverträge handeln. Es wäre sodann denkbar, daß wir mit gewissen Ländern, z. B. mit Argentinien oder Ungarn, auf Jahrzehnte hinaus eigentliche Wirtschaftsprogramme festlegen würden, welche für bestimmte Wirtschaftszweige in beiden Ländern eine parallele, sich gegenseitig ergänzende Entwicklung vorsehen würden. Wir könnten z. B. den Unterhalt der ungarischen oder jugoslavischen Staatsbahnen übernehmen und uns entsprechend spezialisieren, Elektrifizierungen durchführen, während sich das betreffende Land auf die dauernde Belieferung unseres Landes mit bestimmten Produkten einstellen würde. Derartige Programme, welche auch eine Mehrzahl von Ländern einbeziehen könnten, würden wahrscheinlich auch den Ausbau gewisser Produktionszweige mit sich bringen, und ein solcher Ausbau wieder könnte sehr wohl durch Unternehmungen und Gruppen verschiedener Länder gemeinsam durchgeführt werden. Unser industriell hochentwickeltes und finanziell heute verhältnismäßig sehr starkes Land vermöchte in einer Zusammenarbeit mit unentwickelten oder rein landwirtschaftlich orientierten nationalen Wirtschaften ohne Zweifel wertvolle und gleichzeitig unsere eigene Wirtschaft belebende Arbeit zu leisten. In gewissem Sinne würde es sich um eine eigentliche Erweiterung unseres Wirtschaftsraumes handeln. Vielleicht würden engere ideelle Bindungen folgen, namentlich mit Ländern, wo unsere gut geschulten Ingenieure und Agronomen in Zusammenarbeit mit den einheimischen Volkskräften eigentliche Pionierarbeit leisten würden.

Bekannte Verhältnisse lassen sich kaum zum Vergleich heranziehen. Vielleicht könnte man an eine gewisse Art von Kolonialpolitik erinnert werden mit dem wesentlichen Unterschied, daß es sich um politisch Gleichberechtigte und damit notwendigerweise um eine im Interesse Aller begründete Zusammenarbeit handeln würde. Ob die Entwicklung in der Richtung zahlreicher Bindungen mit den verschiedensten Staaten oder aber ausgesprochener Beschränkung auf die dafür um so intensivere und vielgestaltigere Zusammenarbeit mit einigen wenigen Völkern verlaufen würde, ob zweiseitige, oder mehr und mehr Gruppenabkommen getroffen würden, kann kaum vorweg beurteilt werden. Fest steht nur, daß unsere Beziehungen jedenfalls ganz anders aufgebaut würden gegenüber Ländern wie Frankreich, Deutschland, England, und Ländern wie dem Balkan, Polen, Rußland, oder Südamerika, Indien, China, Kleinasien.

4. Auf unserer Seite wäre die Durchführung so gedacht, daß die Verträge vom nationalen Wirtschaftskartell und seinem Organ, dem Wirtschaftsrat, abgeschlossen würden. Soweit dabei ein vorzugsweiser Absatz von käuflich zu übernehmenden ausländischen Erzeugnissen gesichert werden müßte, würde dies in Zusammenarbeit mit den politischen Organen erfolgen. Umgekehrt könnten die Lieferverpflichtungen gegenüber dem Aus-

land nur in dem Maße eingegangen werden, als sich nationale Produzenten, seien es Einzelunternehmungen, Konsortien, Berufsverbände, Genossenschaften, zu deren Übernahme und Ausführung bereit finden würden. Kreditoperationen, Aufbauprogramme hätten in gleicher Weise Zusammenarbeit und Verständigung mit unsern Kreditinstitutionen zur Voraussetzung.

Es ist selbstverständlich, daß ein durchgreifender Erfolg auch entsprechende Organisationen im Ausland voraussetzt. Es handelt sich ja nicht um Bindungen von der Natur der gewohnten Handelsverträge, nicht um Rahmenverträge, sondern um eigentliche wirtschaftliche Operationen, Kauf-, Tausch-, Finanzierungsgeschäfte. Aber es ist kaum zu bezweifeln, daß auch heute in verschiedenen für uns in Betracht kommenden Staaten staatliche und halbstaatliche Organisationen, Produzenten- und Konsumentenverbände, auch Einzelunternehmungen vorhanden sind, mit welchen eine vorübergehende oder langfristige Zusammenarbeit ins Auge gefaßt werden könnte (die verschiedenen Getreide-, Baumwoll-, Kaffee-pools, Konsumgenossenschaften u. s. f.). Anderswo könnte versucht werden, in Zusammenarbeit mit einheimischen Kreisen, auch mit unsern Schweizerkolonien im Auslande, derartige Organisationen ins Leben zu rufen.

5. Heute käme dazu in Bezug auf viele unserer Märkte die Aufgabe, die für eine Zusammenarbeit in Betracht kommenden Wirtschaftskreise recht eigentlich zu sanieren, sie überhaupt in die Lage zu versetzen, mit uns zusammenarbeiten zu können. Doch wiederholen wir damit im Grunde nur die Feststellung, daß wir in wesentlichem Ausmaße vom Auslande abhängen, daß wir einen Bestandteil einer nur als Ganzes lebensfähigen Wirtschaftseinheit bilden, daß somit nur eine Gesundung des Ganzen auch für uns Gesundung bedeutet. Aber dabei darf ein wesentlicher Punkt nicht übersehen werden:

Gegenwärtig ist dieses Ganze die Weltwirtschaft, mit welcher wir in zahllosen Richtungen verflochten sind. Ihr und ihrer Gesundung aber stehen wir allerdings so ziemlich machtlos gegenüber. Daraus ergibt sich die defensive Einstellung unserer maßgebenden Wirtschaftskreise, die negative Parole des Durchhaltens.

Im Rahmen der hier entwickelten Gedankengänge aber sehen wir unsere Beziehungen mit dem Auslande in wesentlich anderem Lichte. Die Abhängigkeit würde quantitativ vielleicht nicht kleiner, aber qualitativ anders. Heute laufen die verschiedenen Beziehungen eines Landes mit dem Auslande weitgehend unabhängig neben einander her. Die verschiedenen und verschiedenartigen Beziehungen des Landes A mit dem Lande B oder C oder D sind in keiner Weise ausgeglichen, noch die Beziehungen zwischen B und C oder C und D. Ein Ausgleich kann sich nur in der Weltwirtschaft als Ganzem als Gesamtausgleich aller zwischen A, B, C und D überhaupt laufenden Verbindungen, als Resultante aller Beziehungen einstellen, wo die Weltwirtschaft gleichsam ein ungeheures Clearinghaus, eine riesige

Weltverrechnungsstelle darstellt. Wo aber schematisch vereinfacht die Fäden von A zu B, von B zu C, von C zu D und schließlich von D wieder zu A neben Tausenden von Querverbindungen in allen möglichen Richtungen verlaufen, da helfen A im Falle von Störungen alle Anstrengungen im Rahmen seiner Beziehungen zu B und D nichts, wenn die Störungsursache zwischen B und C liegt. In der gleichen Lage befinden sich die Andern, und so kann freilich die Behebung nur im Ganzen, also weltwirtschaftlich erfolgen, was heute praktisch bedeutet, daß sie von A aus gesehen schlechthin dem Zufall anheim gestellt ist. Versuche im Sinne unserer Ausführungen aber würden dazu führen, daß unsere Beziehungen mit dem Lande Z in wachsendem Ausmaße in sich selbst ausgeglichen würden, desgleichen unsere Beziehungen mit Y, X, W. Dagegen würden dieselben von den internen Verhältnissen zwischen Y und X unabhängiger. Sie würden sich differenzieren und könnten von uns je gemeinsam mit dem betreffenden Lande überblickt und geordnet werden. Bildlich ausgedrückt stellt die Weltwirtschaft heute ein Sammelbecken dar, an welches die einzelnen Länder angeschlossen sind. Morgen würde sie eher ein System von Kanälen sein.

6. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Umstellung unserer Außenhandelspolitik in stärkster Weise auf die Zusammensetzung unserer Ausfuhr und damit auf unsere ganze Produktion zurückwirken würde. Davon wird später in anderm Zusammenhange noch zu sprechen sein.

7. Eine entscheidende Bedeutung kommt heute der Preisfrage zu, wo es zweifellos zutrifft, daß, auch wo noch eine gewisse Aufnahmefähigkeit für unsere Waren vorhanden wäre, unser innerschweizerisches Preisniveau und die dadurch bedingten Produktionskosten einen erfolgreichen Wettbewerb mit dem Auslande fast unmöglich machen.

Nun verhält es sich bei unserm Außenhandel so, daß unter normalen Verhältnissen in bestimmten Richtungen die Arbeit für den Export und umgekehrt die Einfuhr fremder Güter sich aus verschiedensten Gründen als vorteilhaft erwiesen hat gegenüber einer reinen Binnenwirtschaft. Dabei aber hat sich innerhalb unseres Landes nicht etwa neben einer geschlossenen Binnenwirtschaft eine davon isolierte, nur mit dem Auslande zusammenhängende Wirtschaftssphäre ausgebildet. Die Fäden haben sich in allen Richtungen gesponnen, sodaß etwa A seine Erzeugnisse voll ausführt, dafür vielleicht in gewissem Umfange seinen Bedarf im Auslande, weitgehend aber im Inlande bei B, dieser bei C und erst C wieder im Auslande eindeckt. Das Schema ist unendlich einfacher als die Wirklichkeit. Aber eine hier wesentliche Erscheinung läßt sich daran mühelos verständlich machen:

a) Ob der obige Wirtschaftsverlauf für die Beteiligten vorteilhafter ist als eine reine Binnenwirtschaft ohne Ausfuhr des A und ohne Einfuhr des C, wo also A für das Inland, beispielsweise für den Verkauf an C arbeiten würde, hängt davon ab, welche Gütermengen schließlich als Gegenwert der von A ausgeführten Waren durch C eingeführt werden können.

Solange sich dieses Verhältnis nicht zu unsern Ungunsten verschiebt, ist jedenfalls kein Grund zum Verzicht auf den Außenhandel vorhanden. Ein Verzicht — eine Verunmöglichung des Außenhandels — wäre wirtschaftlich falsch.

b) Sinken die Preise im Auslande, während, wie dies heute der Fall ist, unsere Inlandpreise verhältnismäßig davon unberührt bleiben, so könnte somit volkswirtschaftlich betrachtet der Außenhandel ohne Weiteres fortgesetzt werden, solange nur die Preise für Einfuhr- und Ausfuhrwaren im selben Verhältnis fallen, also das Wertverhältnis der beiden Güterkategorien sich nicht zu unsern Ungunsten verschiebt.

c) Praktisch aber verläuft der Prozeß so, daß A für seine Exportwaren einen geringern Gelderlös erzielt, während er jene Güter, welche er im Inland kauft, sei es für Produktionszwecke, sei es für seinen persönlichen Unterhalt, zu den früheren Preisen bezahlen muß. Geldeingang und Geldausgang decken sich nicht mehr. A muß eine Senkung der Inlandspreise fordern oder seinen Betrieb einstellen.

Für B und C aber wirkt sich die Senkung der Preise der Einfuhrgüter als Gewinn aus, sofern und solange es ihnen gelingt, ihre eigenen Erzeugnisse zu den bisherigen Preisen abzusetzen — aber nur solange, als A noch durchzuhalten vermag. Hört die Ausfuhr auf, fällt A als Abnehmer des B und damit B als Abnehmer des C aus, so entgeht B und C nicht nur der vorübergehende Scheingewinn, sondern ihr eigener bisheriger Absatz und ihre eigenen Einnahmen schrumpfen zusammen. Alle, A, B und C, haben schließlich weniger als vorher.

b) Ein Ausweg würde darin liegen, daß sich A auf den Inlandmarkt umstellen und versuchen würde, beispielsweise den Bedarf des C zu decken. Nun ist aber oben dargestellt worden, daß sich aller Außenhandel entwickelt hat, weil er gegenüber der Binnenwirtschaft Vorteile geboten hat, weil in unserm Beispiel durch die Ausfuhr des A und die Einfuhr anderer Güter durch C ein günstigeres Ergebnis erzielt worden ist, als es der Fall gewesen wäre, falls A für C produziert hätte (wenn sich dies überhaupt als möglich erwiesen hätte). Solange sich das Wertverhältnis von Einfuhr- und Ausfuhrgütern nicht verschiebt, muß sich demnach jede Umstellung des A für uns ungünstig auswirken, den Lebensstandard des Volkes beeinträchtigen.

Ein zweiter Ausweg liegt vom Export aus gesehen in der gleichzeitigen Senkung der Inlandpreise. Eine gewisse Senkung ist bereits erfolgt. Sollte sie aber noch sehr viel weiter gehen, so müßte sie zu verhängnisvollen, unübersehbaren Ergebnissen führen, es sei denn, man könne sich zur Herabsetzung des Goldgehaltes des Schweizerfrankens entschließen. Eine derartige Maßnahme jedoch kann für uns nicht ins Auge gefaßt werden. Soll die Währung darob nicht zerstört werden, so müssen Entschluß und Ausführung in einer und derselben Nacht erfolgen, was wohl im fascistischen Italien möglich ist, aber nicht bei uns.

Ein dritter Ausweg, welcher wohl organisatorisch beschwerlicher wäre, welchem aber die unübersehbaren Gefahren, die den bereits skizzierten Lösungen eigen sind, nicht anhaften, würde darin liegen, daß B und C keinen vorübergehenden Scheingewinn machen würden, sondern der geldmäßige Gewinn auf der Einfuhrseite zum Ausgleich des geldmäßigen Verlustes auf der Ausfuhrseite verwendet würde. Entscheidend würde für uns, was wir für unsere Waren an fremden Waren erhalten, ob nun der nominale Preis von x Ausfuhrgütern und y Einfuhrgütern je 100 oder 50 oder 20 sei.

Die sog. produktive Arbeitslosenfürsorge, die Unterstützung der Milchwirtschaft u. s. f. gehen in dieser Richtung. Aber Regierung und Volk betrachten diese Maßnahmen als Unterstützungen, Almosen der Einen an die Andern. Mag dem vom Staatshaushalt aus gesehen so sein, so ist es jedenfalls wirtschaftlich falsch, eine gänzlich falsche Problemstellung. Kann tatsächlich behauptet werden, daß B und C den A unterstützen, wenn ihnen jener Scheingewinn genommen und zum Ausgleich der buchmäßigen Verluste des A benutzt wird? Für uns als Wirtschaftende ist die Fragestellung jedenfalls eine andere. Wieder kommt es darauf an, nationalwirtschaftlich zu denken und handeln zu können. Nationalwirtschaftlich geht es nach dem Gesagten nicht, in gar keiner Weise, um Almosen, sondern um ein gemeinsames Vorbeugen gegenüber einer gemeinsamen Gefahr. Darum sind auch die Ausführungsbestimmungen über die produktive Arbeitslosenunterstützung unzulänglich. Es müßten objektive Kriterien für den Verlustausgleich gefunden werden, z. B. die Produktionskosten der für die einzelnen Märkte in Betracht kommenden fremden Konkurrenzgruppen wie Löhne, Steuern, Zinssätze, Bodenpreise, Frachten u. s. f. Auf Grund dieser Feststellungen wären die Zuschüsse pro für den Export verwendete Arbeitsstunde zu berechnen und für ganze Wirtschaftszweige einheitlich zu gewähren, auch wenn dem rationeller Arbeitenden daraus ein Gewinn zufließen würde.

Die Verwirklichung könnte, wie gesagt, auf dem Wege eines systematischen Ausbaus von Zöllen und Ausfuhrsubventionen gesucht werden. Eine direkte Besteuerung wär kein geeignetes Mittel. Aber man könnte auch, namentlich im Hinblick auf ausländische Gegenmaßnahmen, daran denken, zum mindesten rechnerisch den gesamten Außenhandel in einer Zentralstelle zusammenzufassen. Diese Großhandelsstelle würde im Inland als Käufer von Exportwaren und Verkäufer vom Importwaren, im Ausland als Verkäufer von Schweizerwaren und Käufer ausländischer Erzeugnisse auftreten. Die Gesamtrechnung müßte sich ausgleichen. Im Einzelfalle aber würden sich weitgehende kommerzielle Möglichkeiten bieten. Soweit es sich nicht um eigentliche Stapelwaren, wie Käse, handelt, und soweit unser Außenhandel nicht im Sinne dieser Ausführungen auf Jahre hinaus durch Abmachungen mit fremden Wirtschaftskreisen oder Staaten organisch festgelegt würde, müßten allerdings unsere Exporteure unter

allen Umständen auch in Zukunft ihre Absatzgebiete selbst bearbeiten. Dieselmotoren oder Gleichrichter werden nur ihre Konstrukteure verkaufen können. Aber auch hier könnten zweifellos Wege gefunden werden, die den verschiedenen Notwendigkeiten Rechnung tragen würden. Was immer über die Organisation des russischen Außenhandels zu sagen ist, eines wissen alle, die je Waren nach Rußland verkauft haben: daß Rußland dank seiner Außenhandelsorganisation im Allgemeinen die von ihm benötigten Waren zu besseren Bedingungen und niedrigeren Preisen erhält als irgend ein anderes Land, daß in den betreffenden Verhandlungen je und je die Russen sich dank ihrer Organisation gegenüber den ausländischen Verkäufern in einer stärkeren Verhandlungsposition befinden als irgend ein anderer Käufer. Übernehmen wir, was deren Stärke ausmacht, und vermeiden wir, was sie schwächt!

e) Der finanzielle Ausgleich würde, wie gesagt, durch Beschlagnahmung des sog. Scheingewinnes, durch Belastung der Einfuhr erfolgen. Hier ist freilich damit zu rechnen — es geschieht bereits heute —, daß der Vorgang der einseitigen Preissenkung von einzelnen Gruppen zur Erreichung eines größeren Anteils am Gesamtergebnis ausgewertet werden könnte. Zu dieser Seite unserer Wirtschaftsprobleme wird hier eine Stellungnahme bewußt vermieden. Nur muß gesagt werden, daß es jedenfalls für alle Beteiligten besser wäre, den Kampf um die Verteilung nicht in diesen Zusammenhang hineinzutragen. Hier geht es zunächst darum, daß überhaupt weitergearbeitet werden kann.

8. Unsere Fremdenindustrie und alle mittelbar damit zusammenhängenden Wirtschaftszweige, unsere Bahnen, auch Teile unserer Landwirtschaft, können, soweit es sich um die Aufnahme von Landesfremden handelt, wirtschaftlich als ein Teil unseres Außenhandels betrachtet werden. Alles, was darüber gesagt worden ist, gilt somit auch hier, die Bemerkungen über den finanziellen Ausgleich, über die Anknüpfung anders gestalteter, engerer, auf Jahre hinaus festgelegter Beziehungen. Nur darf ein sehr wesentlicher Unterschied nicht übersehen werden. Im Gegensatz zum eigentlichen Außenhandel, welcher weitgehend eine rein geschäftliche Behandlungs- und Berechnungsweise zuläßt, spielen hier, wo es sich auf der andern Seite eher um ein Vergnügen, einen Luxus handelt, außerwirtschaftliche Überlegungen eine entscheidende Rolle. Soweit es um Heilanstalten, Sanatorien, Schulen geht, könnnten vertragliche Sicherungen auf lange Sicht wohl ins Auge gefaßt werden. Für das übrige Gewerbe wären solche Sicherungen in bestimmten Richtungen möglich: für Paßvorschriften, Devisenbestimmungen, möglicherweise sogar inbezug auf eine Vorzugsbehandlung durch Transportanstalten, eine Vorzugsstellung in der Propaganda, durch den Ausbau ideeller Bindungen. Darüber hinaus aber müssen wir uns davon Rechenschaft geben, daß es sich für Hotels, Bahnen und die mittelbar Beteiligten dauernd um eine äußerst spekulative Erwerbsquelle handelt. Ein gesamtschweizerisches Wirtschaftsorgan wird von allem Anfang an vor

die Aufgabe gestellt sein, zu prüfen, in welchem Ausmaße die Fremdenindustrie mit ihren unvermeidlichen Schwankungen wirtschaftlich und moralisch für unser Volk auf die Dauer überhaupt tragbar sein wird, und was für Sicherungen für die Depressionsperioden vorgesehen werden können.

III.

Binnenwirtschaft und Inlandgewerbe.

1. Daß der Unterschied zwischen Weltmarktpreisen und Inlandpreisniveau einen starken Andrang ausländischer Waren hervorgerufen hat, ist verständlich. Eine entschiedene Stellungnahme dagegen ist unerläßlich geworden, einmal um unseres Preisgebäudes willen, dessen völliger Zusammenbruch katastrophale politische und soziale Folgen hätte, vor allem aber deshalb, weil heute, wo eine wachsende Einfuhr weder die Folge größerer Ausfuhr noch größerer Zahlungen anderen Ursprunges seitens des Auslandes ist, der stärkere Ankauf fremder Waren nicht nur unsern eigenen Markt entsprechend schmälert, sondern unsere Kaufkraft selbst erschüttert. Wenn A im Ausland kauft statt bei B, so kann B nicht mehr bei C und C nicht mehr bei D . . . und D nicht mehr bei A kaufen. Dann allerdings hört auch A mit seinen Auslandskäufen auf, aber zu spät! Diese Überlegung führt unvermeidlicherweise einen Schritt weiter. Unsere Ausfuhr geht heute von Monat zu Monat in beängstigender Weise zurück. Es sind anderswo Wege angedeutet worden, auf welchen versucht werden könnte, diese Entwicklung aufzuhalten und vielleicht bis zu einem gewissen Grade unsere Ausfuhr wieder neu aufzubauen. Soweit uns dies aber nicht gelingt, bleibt uns nichts Anderes übrig, als auch unsere Einfuhr entsprechend einzuschränken und zu versuchen, uns vom Export auf den Inlandmarkt umzustellen, was sicherlich in gar nicht zu verachtendem Umfange möglich sein dürfte. Preiserhöhungen wären dabei nicht immer zu vermeiden, namentlich angesichts der Weltmarktpreise, zu welchen die betreffenden Einfuhrwaren gegenwärtig bezogen werden. In manchen Fällen aber würden schon bloße Absatzsicherungen ihre Wirkung nicht verfehlen.

Aber Opfer hin oder her, wenn der Exportindustrielle Z seine Exporte einstellt und damit seine (und seiner Arbeiter) Einkäufe bei Y, und Y bei X, so wird auch X bald genug seine Auslandseinkäufe einstellen. Es werden Alle ruhen, es sei denn, daß es gelinge, die Kette zu schließen durch Einkäufe des X bei Z.

2. An der Notwendigkeit, unsere Arbeit zu schützen, den eigenen Markt in erster Linie ihr vorzubehalten und bei fortschreitendem Exportrückgang zu versuchen, auch bisher dem Auslande überlassene Absatzmöglichkeiten in steigendem Ausmaße unserer eigenen Wirtschaft zuzuhalten, läßt sich somit nationalwirtschaftlich nicht rütteln. Das aber heißt alles Andere als Zollschutz oder Unterstützungen anderer Art zu gewähren, wo sie gerade am lautesten oder am nachdrücklichsten gefordert werden. Wenn irgendwo, so haben wir hier, auf dem Gebiete staatlicher Unterstützungsmaßnahmen

den Mangel großer, sich aus einer wirklich nationalwirtschaftlichen Betrachtungsweise ergebender Richtlinien zu beklagen und teuer zu bezahlen.

Es wird nötig sein, daß wir in aller Ehrlichkeit und Unvoreingenommenheit über unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten ein Inventar aufstellen, daß wir uns in großen Umrissen darüber Klarheit verschaffen, in welchen Richtungen wir im Inland unsere wirtschaftliche Tätigkeit auf lange Sicht einstellen sollen und wollen. Wir werden dabei die Möglichkeiten, welche sich uns heute auf dem Gebiete des Außenhandels bieten — auch jene, welche wir uns morgen schaffen werden —, in Rechnung setzen. Politische und kulturelle Überlegungen werden entscheidend mitspielen. Aber wir müssen zu einer umfassenden Abklärung gelangen und müssen fordern, daß sobald als möglich alle staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, sei es in Form von Schutzzöllen, Subventionen, Einfuhrbeschränkungen, Produktionsprämien u. s. f., einzig im Rahmen und entsprechend den Richtlinien eines nationalen, schweizerischen Wirtschaftsprogrammes erfolgen. Wenn sich heute Unternehmungen vom Export auf die Inlandproduktion umstellen, wenn der Import entsprechend eingeschränkt wird, und dafür dem Exportgewerbe Kompensationsobjekte genommen werden oder Gegenmaßnahmen seitens des betroffenen Auslandes seine Tätigkeit hemmen, so ist das keine Lösung, so wenig wie wenn auf der andern Seite auf dem Kompensationswege zur Stützung des Exportes Waren hereingenommen werden, welche die Inlandproduktion auf dem Inlandmarkte treffen. Immer wieder müssen wir festhalten: So lange es uns nicht gelingt, **mehr und mehr einer wahrhaft nationalwirtschaftlichen Betrachtungsweise zum Durchbruch** zu verhelfen, **haben alle Maßnahmen** des Staates eher eine zersetzende, die Volks**gemeinschaft** zerstörende Wirkung, ob sie an sich richtig oder falsch seien. Nur wenn die einzelnen Maßnahmen vom Volke im Rahmen eines die ganze Volkswirtschaft umfassenden und berücksichtigenden Wirtschaftsgedankens verstanden werden, können sie befruchtend wirken.

Hinsichtlich der praktischen Sicherung des Inlandmarktes denken wir unter anderm vor allem an Maßnahmen vom Verbrauch her, an eine unmittelbare Verbindung von Verbraucher, Händler und Produzent in dem Sinne, daß, soweit die Inlanderzeugung nationalwirtschaftlich als richtig und notwendig erkannt ist, unsere eigenen Erzeugnisse schlechterdings vorweg verwendet werden. Nur darf dabei nicht übersehen werden, daß mit jedem weiteren Schritt von der sog. freien Wirtschaft weg die Voraussetzungen der heutigen, theoretisch freien Preisbildung weiter unterhöhlt, die Notwendigkeit einer grundsätzlich neuen Lösung der Preisbildung dringlicher und unausweichlicher wird.

3. Daß einzelne Wirtschaftsunternehmungen auf die Länge Einnahmen und Ausgaben ausgleichen müssen, ist selbstverständlich. In dieser Beziehung ist die Lohnfrage sekundärer Art. Entscheidend ist, in welchem Umfange es uns gelingt, unsere Produktion im Innern und für den Außenhandel durchzuhalten.

Wesentlich anders aber stellt sich die Frage für die Eidgenossenschaft und die Kantone. Es ist doch so, daß, wenn heute irgendwo im Wirtschaftskreislauf ein Unterbruch eintritt und eine Gruppe ihre Käufe einstellt, sich dieser Vorgang durch den ganzen Wirtschaftskörper hindurch fortpflanzt und je nach der quantitativen Bedeutung des Störungsherdes weite Teile der Gesamtwirtschaft in Absatz, Produktion und Erwerb trifft. Ein wertvolles Widerstandsmoment liegt dabei in den finanziellen Reserven der Einzelnen, auch in der Leichtigkeit, Kredite zu erhalten, und es ist vielleicht nicht zuletzt diese Tatsache, welche in der Schweiz die Krise sich so viel langsamer ausbreiten läßt als in jenen Ländern, wo Krieg und Inflation die individuellen Geldreserven vernichtet haben. Es läuft dabei nicht so sehr auf eine Aufzehrung von Reserven auf breiter Basis hinaus, als darauf, daß durch die Einsetzung von Reserven an den zunächst betroffenen Stellen die Rückwirkungen der Störung auf die nächstfolgenden Wirtschaftsgruppen abgeschwächt oder vorerst überhaupt verhindert werden. So liegt es nahe, an die Geld- und Kreditreserven von Bund und Kantonen zu appellieren, zu fordern, daß bei sinkenden Staatseinnahmen an dieser quantitativ entscheidend ins Gewicht fallenden Stelle der Faden abgeschnitten, das Loch gestopft werde. Diese Überlegung ist sicherlich in gewissem Ausmaße richtig, damit aber auch die Forderung, die öffentlichen Ausgaben zunächst nicht einzuschränken, weder Lohn- noch andere Ausgaben, soweit sie der einheimischen Volkswirtschaft zugute kommen. Eine Krisensteuer freilich hilft hier nicht. Dadurch, daß Bund und Kantone, Staatsangestellte und Arbeitslose Geld ausgeben an Stelle der Steuerzahler, wird wirtschaftlich nichts gewonnen. Die Mittel müßten auf dem Wege von Anleihen beschafft werden. Es müßten jene Gelder in Umlauf gebracht werden, welche heute keine Anlagemöglichkeiten finden und sich in den Tresors der Banken sammeln. Genau so sind wir während des Weltkrieges zur Deckung der Mobilisationskosten vorgegangen, und zwar haben wir es sogar in unserer kleinen Schweiz ohne wesentliche Störung in ganz beträchtlichem Umfange tun können, um dann die guten Jahre zur schrittweisen Abtragung zu benützen. Eines freilich muß in schärfster Eindringlichkeit gesagt werden: Ein derartiges Vorgehen ist nur in ganz bestimmten Grenzen und nur vorübergehend möglich. Es darf dann angewandt werden, wenn wir gleichzeitig versuchen, in entscheidender Weise die Krise als solche zu überwinden.

Dabei wird hier bewußt eine Frage gestellt und offen gelassen. Wenn es wirtschaftlich richtig ist und im allseitigen Interesse liegt, den Staatshaushalt zunächst auf der Ausgabenseite nicht einzuschränken, so wird sich unser Volk aus außerwirtschaftlichen Gründen daran stoßen, daß gewissen Berufsgruppen jedes Opfer erspart bleiben, ja darüber hinaus als Folge der Preissenkung ein höheres Realeinkommen zufließen soll, während die übrigen Berufsklassen um eine gewisse Einschränkung ihres Lebensstandardes nicht herumkommen dürften. Diese Frage soll offen bleiben. Nur dürfen wir bei einer Beantwortung nicht übersehen, daß in der Position

der Staatsangestellten in gewissem Sinne auch der Lebensstandard des ganzen Volkes verteidigt wird, nicht etwa nur der Angestellten und Arbeiter, sondern auch der Landwirtschaft und des Gewerbes. Rein wirtschaftlich gedacht aber wäre vielleicht eine Lösung etwa in dem Sinne möglich, daß zwar die Staatsausgaben auf ihrer heutigen Höhe belassen würden, daß aber ein gewisser Prozentsatz der staatlichen Saläre vorübergehend z. B. zur Senkung der Brot- oder Butterpreise verwendet würde, also die Lage des ganzen Volkes erleichtern könnte.

Zur Krisensteuer ist nur zu sagen, daß sie nicht zu einer Befruchtung des Wirtschaftslebens beitragen würde, es sei denn, man glaube, damit gerade wieder jene Gelder dem Bunde zuzuführen, welche heute zu den Banken strömen. Dies aber wird nur in sehr beschränktem Ausmaße der Fall sein, während umgekehrt gerade heute eine neue Belastung für die Volkswirtschaft unerwünscht wäre und mit äußerstem Unwillen getragen würde. Die Rechtfertigung einer solchen Steuer könnte nur außerhalb der Wirtschaft liegen, in der Idee, die Krisenfolgen zunächst auf jene Schultern zu schieben, von denen sie am leichtesten getragen werden können, in der Idee der Volkssolidarität. Dazu ist hier, wo es um die Wirtschaft geht, nicht Stellung zu nehmen. Nur ist zu sagen, daß in diesem Falle die Steuer nicht auf die Wirtschaft, sondern konsequenterweise auf die größeren individuellen Nettoeinkommen umgelegt werden müßte. Ob wir dazu in politischer und organisatorischer Hinsicht in der Lage sind, ist jedenfalls nicht leicht zu beantworten.

IV.

Die Kapitalbildung.

Ein gewichtiges Moment in der heutigen, wie in jeder Wirtschaftskrise ähnlicher Art, ist das fast völlige Aufhören jeglicher Erweiterung des Produktionsapparates im weitesten Sinne des Wortes. Wo auch eine Störung des Wirtschaftskreislaufes ihren Anfang nimmt, die Folge ist ein Zurückgehen des Absatzes, Überproduktion, Produktionseinschränkung. Damit hört jeder Antrieb, privatwirtschaftlich gesprochen jede Möglichkeit für Neuanlagen, für Erweiterungsbauten jeder Art zu Produktions-, Verkehrs- oder Absatzzwecken auf. Die aus den Einnahmen normalerweise für Neuanlagen, unmittelbar oder mittelbar über Aktien, Obligationen, Hypotheken, Banken u. s. f. ausgegebenen Gelder finden keine Verwendungsmöglichkeiten mehr und sammeln sich bei den Bankinstituten. Jene Industriezweige, welche unmittelbar oder indirekt Produktionsgüter: Maschinen, Bauwerke und anderes mehr, herstellen, werden stillgelegt, wirken auf andere Gruppen zurück, erweitern die Krise. Die Spargelder selbst beginnen schließlich spärlicher zu fließen. Dieses Krisenbild ist typisch. Immer sind Schwerindustrie, Maschinenindustrie und Baugewerbe die ersten, welche zusammenbrechen.

Das gilt auch heute und gilt auch für unser Land. Es wäre einseitig, ausschließlich an den Außenhandel zu denken. Auch bei uns, gerade bei uns,

ist der Geldkreislauf dort sehr stark unterbrochen worden, wo neue Spargelder natürlicherweise für Neuanlagen verwendet worden wären und heute liegen bleiben, während jene, welche die Neuanlagen geschaffen hätten, ohne Beschäftigung sind. Es ist freilich so, daß unsere Spargelder je und je in beträchtlichen Beträgen ausgeführt worden sind. Die Neuanlagen wurden im Ausland errichtet, sodaß allerdings auch hier die Krisenfolgen für uns teilweise in Form eines Ausfuhrrückganges aufgetreten sind.

Wenn es uns somit gelingen würde, jene Gelder, welche sich noch heute tagtäglich, wenn auch in immer langsamerem Rhythmus, in unserem Lande ansammeln und für Neuinvestitionen zur Verfügung stehen, tatsächlich in den Kreislauf zurückzuführen, so vermöchten wir von einer weiteren Angriffsstellung aus nicht nur im Sinne einer Eindämmung, sondern einer Überwindung der Krise vorzugehen. Ähnliche Überlegungen haben zur Forderung sog. Notstandsarbeiten seitens des Staates geführt. Hier geht es um mehr und um Anderes.

Ein wesentlicher Punkt in unsern bisherigen Ausführungen zum Außenhandel und zur Binnenwirtschaft ist der Versuch, unser ganzes Wirtschaftsleben sowohl im Innern als in seinen Beziehungen zum Auslande auf eine andere, in gewissem Sinne weniger spekulative Basis zu stellen, seine Richtung auf lange Sicht festzulegen. Es ist der Versuch, seine Grundlagen sowohl in unserer Handelspolitik als in langfristigen Verträgen mit dem Auslande, womöglich auch in langfristigen, staatsvertraglich oder durch private Abkommen mit fremden Wirtschaftsgebieten festgelegten, gemeinsamen Wirtschaftsprogrammen zu sichern. Nun steht außer Zweifel, daß in dem Ausmaße, als es gelingen würde, in dieser Richtung vorwärts zu kommen, sich einerseits die Notwendigkeit zu gewissen Umstellungen, anderseits in beträchtlichem Umfange neue Wirtschaftsmöglichkeiten ergeben würden. Je besser es uns gelingen würde, unsere Volkswirtschaft in ihren Elementen zu sichern, umso stärker und vielgestaltiger würde der Anreiz werden, die in ihrem Rahmen gebotenen Möglichkeiten für Neuanlagen, Ausbau bestehender Anlagen, Bodenmeliorationen, Entwicklung bestimmter landwirtschaftlicher und industrieller Spezialgebiete auszunützen. So könnten die sich heute ansammelnden Gelder wieder ihrer Zweckbestimmung entsprechend verwendet werden: zum Ausbau des Wirtschaftsapparates, und das heißt zunächst, daß für Industrie und Baugewerbe wieder Aufträge eingehen würden.

Noch ein anderes Moment ist hier zu beachten. Wir haben wiederholt auf die Möglichkeit und Notwendigkeit verwiesen, von allem Anfange an mit ausländischen, uns wirtschaftlich ergänzenden Gebieten zusammenzuarbeiten. Damit würden sich auch ausländische Anlagemöglichkeiten bieten, welche in dem Sinne neuartig wären, daß sie uns nicht nur infolge der Zinszahlungen oder vorübergehender Exportmöglichkeiten zu gute kämen, sondern daß es sich letzten Endes in gewissem Sinne auch dort um „unsere

Wirtschaft" handelte, um ein organisches, in sich abgestimmtes Ganzes, wo der Wohlstand des Einen den Wohlstand des Andern bedänge und umgekehrt wieder von ihm befruchtet würde. Je richtiger die Gesamtkonzeption und der Aufbau, umso gesicherter würden die Geldanlagen. Fabriken und Getreidesilos, Käsereien und Elektrizitätswerke und Eisenbahnen sind nicht an sich wirtschaftliche Aktiva, sondern nur in dem Ausmaße, als sie im Rahmen des gesamten Wirtschaftslebens verwendet werden, in eben dem Ausmaße und gerade solange, als das Wirtschaftsleben als Ganzes läuft. Wir sind gewohnt, an die Teile zu denken, an die Fabriken, Käsereien, Eisenbahnen, oder an Bauern, Arbeiter, Unternehmer. Ein leitender Grundgedanke all dieser Zeilen aber ist es, auf das Ganze hinzuweisen, um der Teile willen zu versuchen, das Leben des Ganzen sicher zu stellen.

Vom Kreditgeber aus gesehen steht jedenfalls außer Frage, daß es für eine Geldanlage keine größere Sicherheit gibt, als auf lange Sicht den Absatz des Schuldners sicher zu stellen. Hier treffen sich die Interessen der Banken und der Gesamtwirtschaft. Hier werden die Banken die Gegenleistung finden für die Einordnung, die die schweizerische Nationalwirtschaft in anderer Hinsicht von den Kreditinstituten, den Sammelstellen des Sparkapitales unseres Volkes, verlangen wird. Wenn wir z. B. mit einem Land wie Jugoslavien auf 10 bis 20 Jahre hinaus einen Kaufvertrag über Getreide und anderseits einen Liefervertrag für Käse, Schokolade, Zuchtvieh, Textilwaren abschließen würden, vielleicht sogar mit festen Preisen, d. h. unter Zugrundelegung eines bestimmten Tauschverhältnisses, so würden sich Anlagemöglichkeiten ergeben, welche heute niemals in Betracht gezogen werden können, im Inland sowohl als in Jugoslavien: Getreidesilos, Erntemaschinen, Transportanlagen, Verkaufsmagazine u. s. f. Wäre es denn nicht besser, zu arbeiten, statt unsere Betriebe zu schließen? Und wäre es nicht besser, statt Notstandsarbeiten wirkliche Werte zu schaffen, welche irgendwie uns Allen zu gute kämen, indem sie die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Daseins stärken und erweitern würden?

Ein schweizerischer Fünfjahresplan? Warum denn nicht!

Wir sind gewohnt, in der Wirtschaft mit stets wechselnden Verhältnissen zu rechnen. Aber kein wirtschaftlich Geschulter wird sich die Vorteile verhehlen können, welche sich für jeden Einzelnen von uns in den verschiedenen Richtungen daraus ergeben würden, daß er auf längere Sicht disponieren und mit einer heute unbekannten wirtschaftlichen Stabilität rechnen könnte. Politische Gefahren werden nicht gebannt und werden auch weiterhin die wirtschaftlich best fundierten Beziehungen bedrohen. Aber wir wissen heute, daß uns der Kriegsfall so oder anders über Nacht vor eine gänzlich neue Lage stellt, gleichgültig, wo wir am Vorabend gestanden haben.

V.

Schlußbemerkung.

1. Die hier aufgezeigten Wege haben mit kommunistischer Kollektivwirtschaft gerade so viel oder so wenig zu tun als der Zementtrust oder die Käseunion oder die Einkaufsgenossenschaft unseres Detailhandels oder das Bankenkartell.

Die Aufgabe ist schlechterdings gestellt, durch die Krise erst recht gestellt: Daß der Mensch wieder in höherem Ausmaße seiner Wirtschaft Meister werde.

Gewisse Völker versuchen, sie auf dem Wege des Kommunismus zu lösen.

Es gibt andere Wege, welche ältester eidgenössischer Tradition sehr nahe stehen.

2. Bestimmte schwerwiegende und durchaus aktuelle Fragen unseres Wirtschaftslebens sind bewußterweise nicht berührt worden, nämlich alles, was mit der Verteilungsseite zu tun hat und mit der Organisation der Arbeit.

Es ist dem Verfasser darum zu tun gewesen, Notwendigstes so rasch als möglich zu sagen. In dieser Stunde kommt es vor allem darauf an, in der Krise Stellung zu beziehen, zur Überwindung der Krise anzusetzen.

Darum sind diese Ausführungen Fragment geblieben.

Die romantische Universität.

(Aus der demnächst erscheinenden Schrift „Der Kampf um die Universität, Bau und Schicksal des geistigen Reiches").

Von **Julius Schmidhauser**, Zürich.

Bevor das 19. Jahrhundert die Konsequenz der Aufklärung zieht, geschieht das Ereignis der idealistischen Romantik. Die Romantik hat die Universität gerettet. Und es wird zu fragen sein, ob nur eine romantische Rettung der Universität möglich ist. Der Zeitpunkt tiefsten Falles der Universität im Zeichen des utilitaristischen Denkens, der Zeitpunkt ihres letzten Zerfalles in ein Konglomerat von Berufschulen wird zum Ausgangspunkt der höchsten Erhebung und mächtigsten Sammlung der Universität.

Es gab keine Zeit einer leidenschaftlicheren Vorliebe für die Universität als die Romantik: denn es gab keine Zeit einer leidenschaftlicheren Vorliebe für das Mittelalter.

Es ist denn auch kein Zufall: Die völlig verlorene Führerrolle des deutschen Geistes im Mittelalter kehrt in der Romantik wieder zu den Deutschen zurück. Die Renaissance ist südlicher Prägung. Die Aufklärung